

BürgerAntrag „Klimaschutz einfach machen auch in Wuppertal“ nebst Maßnahmen

An den Herrn Oberbürgermeister Andreas Mucke,
an den Hauptausschuss der Stadt Wuppertal
sowie an die Wuppertaler Ratsfraktionen

Wuppertal, 31.5.2019

ANTRAG gemäß § 24 GO NRW

Klimaschutz als prioritäre Gemeinschaftsaufgabe, einfach machen statt „weiter so“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

ich bitte um Beratung und Beschluss des beigefügten **Antrags nebst Resolution**

und verbleibe mit besorgten, aber dennoch zuversichtlichen Grüßen

[Redacted Signature]

ANTRAG gemäß § 24 GO NRW: Klimaschutz einfach machen statt „weiter so“

Die Verwaltung ist zu beauftragen, eine Beschlussvorlage zum „Klimaschutz als Gemeinschaftsaufgabe“ zu erarbeiten. Die Ratsfraktionen werden gebeten, diesen Antrag nebst anhängender Resolution zu unterstützen.

Der Ratsbeschluss zielt darauf ab, folgende Maßnahmen zur Beschleunigung der Klimaschutzziele zu prüfen und dem Rat erneut zur Beschlussfassung vorzulegen:

- EnergiE-, Mobilitäts- und Wärmemanagement für die Gesamtstadt Wuppertal – inkl. Sektorenkopplung und in Kooperation insbesondere mit der Bergischen Region sowie den NRW-Landesbetrieben für Straßen- und Verkehr, Liegenschaften und Denkmalschutz sowie ebenso in den Bereichen Nahrung, (Land-) Wirtschaft etc.
 - am Bsp. EnergiE-, Mobilitäts- und Wärme: zeitnahe Bestandsaufnahme der zur Energieversorgung in Wuppertal derzeit entstehenden Kosten,
 - Maßnahmen zur Erhöhung der Sanierungsrate im Stadtgebiet,
 - klimaneutrale Energieversorgung von Neubauten,
 - Energiemanagement für städtische Gebäude inkl. – soweit Optimierungsbedarf - Zielkatalog Gebäudemanagement Wuppertal
- Zielkataloge für Teilkonzerne und stadtnahe Beteiligungen wie insbesondere Wuppertaler Stadtwerke AG, Wirtschaftsförderung, Wupperverband...
- Sensibilisierung durch Bildung für nachhaltige Entwicklung, Erstellung einer nichtfinanziellen Bilanz (z.B. Gemeinwohl-) für einen Stadtbetrieb...

Hintergrund:

Seit Februar 2019 demonstriert auch in Wuppertal die Fridays-for-Future-Bewegung (FFF) für eine deutliche Intensivierung der Klimaschutzanstrengungen. Dazu gab es Kontakte zwischen Vertreter*innen der Bewegung mit den Entscheidungsträgern.

Als für Klimagerechtigkeit und nachhaltigen Lebensstil engagierte Bürgerin und als ehrenamtliches Gremienmitglied diverser für z.B. zur BürgerEnergiE lokal und auf übergeordneten Ebenen engagierter Initiativen unterstütze auch ich das Engagement der FFF-Jugendlichen insbesondere vernetzend – inhaltlich und organisatorisch. Dabei geht es (mir) insbesondere darum, Zusammenhänge zu verdeutlichen.

Bei der FFF-W-Podiumsdiskussion am Freitag, 24.5. habe ich meine Zuschauerfrage zugunsten eines anderen Gastes zurückgestellt, dem es um den Ausstieg aus Massentierhaltung und Tierfabriken ging. Auch meine Frage halte ich weiter für wichtig und bringe diese nun schriftlich per Bürgerantrag ein: **Müssen wir nicht auch in Wuppertal schnellstmöglich gemeinsam gute Lösungsansätze gegen die Klimakrise entwickeln und umsetzen - und wann fangen wir damit an?** Einschließen möchte ich die Anregungen zweier Gäste die ebenfalls nicht mehr zum Zuge gekommen sind, ihre Anliegen aber in diesem Antrag wiederfinden würden: „langlebige Produkte sowie mehr reparieren als wegwerfen“ und „Schadstoffausstoß wie z.B. klimaschädliches CO2 teurer machen“.

Es darf keine Zeit mehr ungenutzt verstreichen, die wir einfach nicht haben!
Interessierte wie Aktive/Initiativen lade ich recht herzlich zur Mitzeichnung ein.

RESOLUTION zum gemeinsamen Klimaschutz – eine Frage der Haltung

Der Wuppertaler Stadtrat beschließt, dem Klimaschutz zukünftig Priorität zu gewähren und damit anderen Kommunen in Deutschland und weltweit zu folgen.

Konkret heißt das, Wuppertal und insbesondere der Wuppertaler Stadtrat

- a) **erklärt den Klimaschutz als Gemeinschaftsaufgabe**, zur Eindämmung der Klimakrise nebst schwerwiegenden Folgen und **Aufgabe von höchster Priorität**.
- b) **erkennt**, dass die bisherigen lokal-regionalen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
- c) **berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen, und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Um-/Mittel- und Artenschutz auswirken**. Hierzu wird für alle politischen Beschlussvorlagen ab **Juli 2019** das Kästchen „**Auswirkungen auf den Klimaschutz**“ mit den Auswahlmöglichkeiten „Ja, positiv“, „Ja, negativ“ und „Nein“ verpflichtender Bestandteil. Wird die Frage mit „Ja, positiv“ oder „Ja, negativ“ beantwortet, muss die jeweilige Auswirkung in Zusammenarbeit mit dem/der Klimaschutzbeauftragten in der Begründung dargestellt werden.
- d) **prüft**, ob und wie bereits erstellte und vom Stadtrat **verabschiedete Konzepte zum Klimaschutz** tatsächlich umgesetzt werden und im Zeitplan liegen oder falls nicht, warum nicht. Insbesondere sind hier zu nennen: die regionale Klimaschutz-Konferenz und das (integrierte) Klimaschutz-Teilkonzept (IKSK) sowie die beiden mit mehreren hundert Teilnehmenden gut besuchten – auf dem Uni-Campus Freudeberg ausgerichteten - Konferenzen „100% EE (Erneuerbare EnergiE)“- Konferenzen. Klimaschutz lässt sich nicht in rein territorialen Grenzen betrachten und ein großer Teil der durch Wuppertaler*innen verursachten Emissionen fallen außerhalb des Stadtgebietes an. Dies ist im Gesamtkontext zu betrachten und – in Abstimmung mit den **benachbarten Kommunen** - zu benennen. Daraus entwickelte Prüfaufträge zu zusätzlichen Maßnahmen sind Gegenstand gesonderter Vorlagen.
- e) **fordert den Oberbürgermeister auf**, dem Stadtrat und der Öffentlichkeit halbjährlich (im Rhythmus der Vorhabenliste) über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen **Bericht zu erstatten**.
- f) **fordert auch andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland auf**, dem Konstanzer Vorbild – als erste der in Deutschland den Klimanotstand erklärten Kommunen - zu folgen und Klimaschutz Vorrang zu geben. Insbesondere macht er Land und Bund darauf aufmerksam, dass ein vollständiges Einhalten der Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen noch nicht möglich ist. Erst ein vollständiger Abbau weiterhin bestehender Subventionen für atomar-fossile Energieträger, eine sozial gerecht ausgestaltete CO₂...-Bepreisung, eine grundlegend veränderte Verkehrspolitik und eine klimaschutzkonforme Förderung des sozialen Wohnungsbaus würden hier das dringend benötigte Fundament legen.
- g) **fordert auch die städtischen Beteiligungen dazu auf**, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen und dem Stadtrat dazu vor Jahresende **Bericht zu erstatten**.